

Antrag

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entlastung der Lehrkräfte durch Stärkung multiprofessioneller Teams an Schulen

Der Landtag stellt fest:

Brandenburgs Schulen stehen vor vielen Herausforderungen: Der Lehrkräftemangel und die wachsende Zahl an Seiteneinsteiger*innen, die zunehmende Diversität der Schüler*innenschaft und die Ausweitung der Inklusion, die Digitalisierung und die Umsetzung des Digitalpakts, der Ausbau des Ganztagsbetriebs verbunden mit zusätzlichen Angeboten sowie der Umgang mit Mobbing, Gewalt und Schulstress und der Blick auf Schule als Austragungsort gesellschaftlicher Probleme. Diese Herausforderungen gehen einher mit einer weiteren Zunahme der Verwaltungsaufgaben, Abstimmungserfordernissen zwischen Schulen und Schulträgern und der Kooperation mit vielen weiteren Behörden und Trägern. Die Folge: Lehrkräfte und Schulleitungen beklagen Überlastung.

Um Abhilfe zu schaffen, ist nicht nur eine Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen durch zusätzliches, nicht-pädagogisches Personal geboten. Das muss auch mit einem neuen Verständnis von konstruktiver Zusammenarbeit zwischen multiprofessionellen Kräften aus unterschiedlichen Ressorts und Verwaltungsebenen im Team Schule einhergehen. Für die benannten Herausforderungen gibt es Best-Practice-Beispiele in Brandenburg und anderen Bundesländern. Diese gilt es nun schrittweise flächendeckend einzuführen bzw. auszubauen.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Prozess zur Entwicklung eines Konzepts zur Stärkung des multiprofessionellen Teams Schule zu initiieren. Das Konzept soll das Ziel verfolgen, den gestiegenen Erwartungen und Anforderungen im schulischen Alltag gerecht zu werden und die Lehrkräfte und Schulleitungen von nichtpädagogischen (Verwaltungs-)Aufgaben zu entlasten. Das Konzept soll einen Kosten- und Zeitplan enthalten zur schrittweisen Einführung zusätzlicher Stellen für

- a) Verwaltungsleitungen,
- b) IT- und Medienbetreuung,
- c) die Ausweitung der Schulsozialarbeit und schulpsychologischen Betreuung,
- d) Schulgesundheitsfachkräfte.

Eingegangen: 28.05.2019 / Ausgegeben: 05.06.2019

Begründung:

Während die Schulen im Land Brandenburg mit dem andauernden Lehrkräftemangel und der zunehmenden Zahl an Seiteneinsteiger*innen umgehen müssen, sind gleichzeitig die Erwartungen an das System Schule gestiegen. Die Belastung der Schulleitungen durch Verwaltungsaufgaben ist stetig gewachsen und schränkt ihre Zeit für pädagogische Leitungsaufgaben ein. Zur Entlastung von Schulleiter*innen wurden deswegen in einigen Bundesländern bereits zusätzliche Stellen für die Verwaltungsleitung etabliert.

Im Zuge der Digitalisierung fallen regelmäßige IT-Planungs- und Wartungsarbeiten an, für die in den Schulen oder beim Schulträger im Gegensatz zu anderen Behörden des Öffentlichen Dienstes kaum zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Zwar haben einige kommunale Schulträger zusätzliche IT-Administrator*innen eingestellt, aber darüber hinaus wird zukünftig an allen Schulen IT-Personal vorgehalten werden müssen. Denn im Zuge des digitalen Ausbaus im Rahmen des Digitalpakts wird es darauf ankommen, dass die IT jederzeit fehlerfrei funktioniert und aktualisiert wird, der Datenschutz und die IT-Sicherheit gewahrt wird und alle Schulbeteiligten entsprechend geschult werden. Die Vorstellung, dies könnten Lehrkräfte nebenbei erledigen, wird dem Umfang und den Erfordernissen dieser Aufgabe nicht gerecht.

Schulen werden durch eine zunehmende Diversität der Schüler*innenschaft und die Umsetzung der Inklusion gefordert. Durch die Ausweitung des Ganztags verbringen Schülerinnen und Schüler mehr unterrichtsfreie Zeit an der Schule und nehmen Hort-, Freizeit-, Kultur-, Sport-, Ernährungs- und andere Zusatzangebote wahr. Hierdurch kommen neue Professionen in die Schule. Diese zusätzlichen Freiräume bieten auch Chancen zur Bewältigung von Mobbing, Konflikten und Schulstress. Hierzu erwarten wir perspektivisch einen flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit und der Versorgung mit Schulpsycholog*innen. Das Modell der Schulgesundheitsfachkräfte hat sich bewährt und sollte landesweit eingeführt werden.

Insgesamt sollen diese zusätzlichen Stellen mit ihren teils neuen, teils umverteilten Aufgaben gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Schulleiter*innen und Schulsekretär*innen das multiprofessionelle Team Schule bilden, das wesentlich zum Profil der Schule und einem attraktiven Schulklima beiträgt. Soweit unterschiedliche Zuständigkeiten für das Personal an den Schulen gegeben sind, erfordern diese nicht nur eine konstruktive Zusammenarbeit vor Ort, sondern auch auf der jeweils übergeordneten Verwaltungs- und Trägerebene.

Angesichts der vielen Anforderungen an den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte ist ein solches Konzept nur schrittweise umsetzbar. Deswegen fordert der Landtag die Landesregierung auf, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden hierzu eine Umsetzungsstrategie zu initiieren. Diese soll inhaltliche, finanzielle und personelle Aspekte enthalten.